MOSBACH
Große Kreisstadt
Neckar-Odenwald

Gremium/TOP:	Sitzungsdatum:
Gemeinderat **TOP 4 öffentlich**	**23.09.2021**
Drucksache:	**Federführung:**
128/2021	**Finanzen und Immobilien** **Bansbach-Edelmann S.,** **Weiland B., Fuß T.**

Beschlussvorlage

Betreff:
Haushaltszwischenbericht 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	am:	Behandlung:
Gemeinderat	23.09.21	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt den Haushaltszwischenbericht 2021 zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die Abwicklung des Haushalts 2021 der Stadt mit einem Volumen von fast 80,9 Mio. € wird laufend überwacht. Ziel ist es, die Ausführung zu steuern und eventuellen negativen Abweichungen frühzeitig entgegen zu wirken. Der Gemeinderat wird über den Stand Anfang September 2021 informiert.

Ergebnishaushalt

Die Planung für das Haushaltsjahr 2021 ging von einem negativen ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1,4 Mio. € und einem Zahlungsmittelbedarf von 650 T€ aus. Die Ermächtigungsübertragungen i.H.v. 1,1 Mio. € wirken sich zunächst jedoch negativ auf dieses geplante Ergebnis aus, so dass bei planmäßigem Verlauf ein negatives ordentliches Ergebnis von 2,5 Mio.€ zu erwarten wäre.

Nach derzeitigem Stand ist das Erreichen eines ausgeglichenen ordentlichen Ergebnisses dennoch möglich.

Die ordentlichen Erträge des Ergebnishaushalts könnten sich zum Jahresende gegenüber dem Haushaltsansatz um rd. 700 T€ verbessern. Dafür sind die Erträge aus der Gewerbesteuer mitentscheidend. Bei einem Ansatz von 10,5 Mio. € liegt die Gewerbesteuer derzeit erst bei knapp 9,7 Mio. € und damit noch um 800 T€ unter dem Ansatz. Ob dieses Ergebnis bis zum Jahresende Bestand hat, ist noch mit großen Unsicherheiten verbunden, da jederzeit aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände sowohl größere Zu- als auch Abgänge erfolgen können. Dies gilt im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Pandemie erst recht.

Die Verbesserung der Erträge ist u.a. auf die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich mit rd. 1,0 Mio. € zurückzuführen. Durch die Mai-Steuerschätzung, vor allem aber durch das Kommunalpaket des Landes zur finanziellen Unterstützung der Kommunen belaufen sich die Erträge für 2021 bis zum Jahresende auf 13,5 Mio.€. Durch eine Nachzahlung für 2020 mit rd. 338 T€ erhöht sich das Ergebnis gegenüber dem Ansatz von 12,8 Mio. € auf rd. 13,8 Mio. €.

Weitere Mehrerträge ergeben sich durch den Kindergartenlastenausgleich für die Kinder unter 3 und über 3 Jahren. Hier wird die Stadt vom Land rd. 3,6 Mio. € erhalten, geplant waren Erträge von rd. 3,4 Mio. €. Weitere Mehrerträge entstehen mit rd. 590 T€ durch höhere Abwassergebühren und eine zu erwartende Gewinnausschüttung der Stadtwerke Mosbach GmbH für 2020 (200 T€).

Im Gegenzug muss aber auch mit Mindererträgen gerechnet werden. Diese entfallen beispielsweise mit rd. 339 T€ auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und aufgrund des langen Lockdowns zu Beginn des Jahres mit rd. 550 T€ auf die Vergnügungssteuer. Weitere Mindererträge werden pandemiebedingt bei den Bußgeldern (-98 T€), dem Mosbacher Sommer (-96 T€) und der Mittagsverpflegung an Schulen (-52 T€) erwartet.

Die Aufwendungen des Ergebnishaushalts erreichen derzeit ca. 59,3 % der Haushaltsansätze. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Aufwendungen vermehrt im zweiten Halbjahr anfallen (insbesondere die Unterhaltungsmaßnahmen und die Aufwendungen für Schulbetriebsmittel, die erst nach Schuljahresbeginn verstärkt getätigt werden). Dennoch werden die Ansätze in einigen Bereichen nicht erreicht werden und es wird bis Jahresende von Minderaufwendungen von rd. 600 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen und rd. 1,7 Mio. € einschließlich der Ermächtigungsüberträge ausgegangen.

Nach derzeitigem Stand könnte sich bei den Personalaufwendungen eine Verbesserung von etwa 550 T€ ergeben. Im Bereich der Besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen werden Verbesserung von rd. 400 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen und rd. 700 T€ einschließlich der Ermächtigungsübertragungen ausgegangen. Diese verteilen u.a. mit rd. 110 T€ auf den Kulturbereich (u.a. den Mosbacher Sommer), auf die Mittagsverpflegung mit rd. 80 T€ und die Nachmittagsbetreuung mit rd. 70 T€. Des Weiteren wird von einer Verbesserung bei den Geschäftsaufwendungen von rd. 100 T€ ausgegangen.

Die Zinszahlungen für Kredite werden wegen bisher nicht getätigter Kreditaufnahmen um rd. 220 T€ geringer erwartet. Bei den Unterhaltungsaufwendungen für Gebäude und unbewegliches Vermögen (Straßen, Kanäle usw.) wird erwartet, dass die Mittel incl. Überträgen weitestgehend ausgeschöpft werden, da aufgrund der schwierigen Haushaltssituation 2021 die Ansätze in diesem Bereich bereits bei der Haushaltsaufstellung gekürzt wurden.
Bei den Abschreibungen wird aufgrund abgeschlossener Investitionen mit einem Anstieg um 285 T€ gerechnet.

<u>Finanzhaushalt</u>

Von den zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln des Finanzhaushalts mit 19,6 Mio. € (Vorjahr 16,2 Mio. €), einschl. 5,9 Mio. € Ermächtigungsübertragungen (Vorjahr 4,9 Mio. €) wurden

bis zum Auswertungsstand erst 5,3 Mio. € abgewickelt, was ca. 39 % (Vorjahr 40 %) der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entspricht. Werden die Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr berücksichtigt, sind bisher nur 27 % (Vorjahr 28 %) der bereitstehenden Gesamtmittel verausgabt. Da bereits rund 2/3 des Jahres vorbei sind, bedeutet dies, dass wieder beträchtliche Mittel ins Folgejahr übertragen werden müssen. Die Ermächtigungsübertragungen belasten dann nicht mehr das alte Geschäftsjahr.

Die Hochbaumaßnahmen im historischen Rathaus und im Technischen Rathaus werden in diesem Jahr nicht ausgeführt, daher fallen lediglich Planungskosten an. Die Baumaßnahme an der Pestalozzi-Realschule kommt u.a. durch die Erweiterung auf das Erd- und das Untergeschoss und dem damit zusammenhängenden Abstimmungsbedarf langsamer voran als erwartet, so dass dort die Mittel nicht ausgeschöpft werden. Hingegen fließen die Mittel bei der Sanierungsmaßnahme der Grundschule Diedesheim mit Turnhalle planmäßig ab.

Bei den größeren Ausgabeposten im Tiefbau (Straßen- und Kanalbau) laufen derzeit die geplanten Maßnahmen. Allerdings werden auch hier nicht alle Mittel abfließen.

Gleiches gilt für die Zuschüsse zu den Baumaßnahmen der kirchlichen Kindergärten (Waldstadt, Neckarelz und Lohrbach).

Die mit rund 4,6 Mio. € eingeplanten Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten (z. B. Zuschüsse, Beiträge) werden entsprechend dem Baufortschritt abgerufen und falls notwendig ebenfalls nach 2022 übertragen.

Aus der Kreditermächtigung 2021 i.H.v. 8,5 Mio. € wurden wegen des verzögerten Mittelabflusses bei den Investitionsausgaben und der hohen Liquidität an Kassenmitteln zur Vermeidung von Verwahrentgelten und zur Einsparung von Zinszahlungen bisher keine Darlehen aufgenommen. Ebenfalls noch keine Kreditaufnahme wurde aus der Ermächtigungsübertragung des Vorjahres i.H.v. 3,5 Mio. € getätigt. Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass zwar noch Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Investitionen erforderlich werden, voraussichtlich werden sie aber deutlich hinter den noch zur Verfügung stehenden Kreditermächtigungen zurückbleiben.

Liquiditätssituation

Die Liquidität der Stadtkasse war im gesamten Berichtszeitraum stets gewährleistet. Dies wird auch bis Ende des Jahres zutreffen. Zur Vermeidung der Zahlung von Verwahrentgelten wurden Kassenmittel vorübergehend den städtischen Eigengesellschaften als Kassenkredite zur Verfügung gestellt. Ganz konnte die Zahlung von Verwahrentgelten jedoch nicht vermieden werden, da den Kommunen risikobehaftete Geldanlagen gesetzlich untersagt sind und mit sicheren Geldanlagen derzeit keine Zinsen zu erwirtschaften sind.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind im Sachverhalt erläutert.

Anlagen:

Keine